

Wie Atomkraft gegen neue Atomkraft hilft

Der Bundesumweltminister schlägt gegenüber dem EnBW-Chef Villis neue Töne an – Eine Analyse der energiepolitischen Annäherung

Von Thomas Wels

Düsseldorf. Es ist der Ton, der die Musik macht, und es sind die Zwischentöne, ohne die keine Melodie auskommt. So gesehen war es eine bemerkenswerte Vorstellung, die Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) am Montagabend auf dem Podium der WAZ-Wirtschaftsgespräche im Düsseldorfer Wirtschaftsclub gab (WAZ von 26.2.).

Gabriel, der zu den gewiefteren Rhetorikern seiner Partei gehört und als solcher bislang nicht müde wurde, das Mantra vom Atomausstieg zu wiederholen, öffnete seinem Gegenüber auf dem Podium, dem EnBW-Chef Hans-Peter Villis, jede Menge Türen. Später war sogar von Toren die

Rede. Natürlich sagt Gabriel, es werde nicht am Atomausstieg gerüttelt. Er sagt es aber nicht mehr ohne Wenn und Aber. Dreimal schon habe er die Energiekonzerne auf das Thema Atommüll-Endlager angesprochen. „Wenn Sie das Thema Endlagerung nicht ernsthaft angehen, bekommen Sie auch keine ernsthafte Diskussion.“ Villis nickt dankbar. „Ich nehme das mit“, sagt er und verspricht Lösungen. Noch etwas schreibt Gabriel dem Energie-Manager ins Hausaufgaben-Buch: Angenommen, die Laufzeiten würden um zehn Jahre verlängert, „wie ist dann Ihre Antwort nach diesen zehn Jahren? Die kenne ich bislang nicht.“ Eine Verlängerungskaskade jedenfalls könne es nicht sein.

Neue Töne also beim Umweltminister, die ganz offensichtlich einer ernsten Sorge um den Industriestandort Deutschland geschuldet sind. Deutschland leiste sich „eine verhängnisvolle Debatte, an welcher Stelle wir noch Kohlekraftwerke bauen“. Gabriel: „Die Vorstellung, dass wir bis 2020 aus der Atomkraft und aus der Kohle aussteigen, ist



Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Foto: WAZ, Jakob Studnar

eine Illusion.“ Deutschland brauche neue Kohleblöcke, weil Strom knapp sei, sagt er. Freilich ohne auf die ablehnende Position der hessischen SPD-Spitzenfrau Andrea Ypsilanti einzugehen.

Die Kohle-Diskussion habe auch nichts mehr mit der Klimaschutz-Debatte zu tun, „da wird den Leuten etwas weisgemacht.“ Schließlich lege der Staat die Menge an CO₂ fest, die die Unternehmen ausstoßen dürfen. Da sei es völlig egal, wie viele neue Kohlekraftwerke gebaut würden. Diese Zahl habe nur Einfluss auf die Preise für CO₂-Zertifikate, sprich: Mehr Kraftwerke, teurere Zertifikate.

In jedem Fall werde Strom teurer, „da macht es keinen Sinn, drumherum zu reden“.

Umweltschutz hat seinen Preis. Was auf dem Podium nicht gesagt wird, die Weitsichtigen in der SPD gleichwohl umtreibt: Wenn die Ausstoßerlaubnis je Tonne CO₂ einen Preis von 40 Euro erreicht, lohnt sich der Neubau von Atomkraftwerken. Gabriels Experten prognostizieren einen Anstieg von 23 auf 35 Euro. Politik paradox: Eine Verlängerung der Laufzeiten der Akw könnte die Preise für die CO₂-Zertifikate unter diesem Niveau halten – und mithin den Neubau von Atomkraftwerken verhindern. Mit Atom gegen Atom. So schön kann Marktwirtschaft sein.

Fotostrecke & Diskussion Zukunft der Energiepolitik **DerWesten.de/direkt**